Zweite Nationale Integrationskonferenz vom 12. Mai 2011 in Solothurn

Chancengleichheit verwirklichen

Guy Morin, Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt, Präsident der TAK

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren

Es ist mir eine Ehre, Sie als TAK-Präsident hier in Solothurn so zahlreich begrüssen zu dürfen. In jüngster Zeit wird intensiv über Zuwanderung diskutiert. An der heutigen Konferenz geht es jedoch nicht um Zuwanderungsfragen. Heute reden wir über diejenigen Leute, die bereits hier sind. Menschen, die gemäss den migrationspolitischen Vorgaben rechtsmässig und längerfristig in der Schweiz sind.

Zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik haben der Bundesrat, die Konferenz der Kantonsregierungen, der schweizerische Gemeindeverband und der schweizerische Städteverband einen gemeinsamen Prozess lanciert. Gestützt darauf haben wir uns im Rahmen der TAK auf ein gemeinsames Ziel für die zukünftige Integrationspolitik verständigt: Die Integrationspolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden soll zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen, d.h. von der Integrationspolitik soll die gesamte Gesellschaft profitieren können.

Ausgehend von diesem Ziel hat die TAK alle staatlichen Ebenen eingeladen, ihre Integrationspolitik auf die vier folgenden Grundprinzipien abzustützen:

- Chancengleichheit verwirklichen
- Vielfalt berücksichtigen
- Potenziale nutzen
- Eigenverantwortung einfordern

Diese Grundprinzipien wollen wir heute gemeinsam diskutieren: Was bedeuten diese Grundprinzipien in der konkreten Umsetzung? Wo sind wir heute bereits erfolgreich, wo müssen wir uns noch verbessern?

Die TAK hat dazu aufgefordert, dass diese 4 Grundprinzipien von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden bei der Konzipierung ihrer Integrationspolitik gleichwertig berücksichtigt werden. Wenn ich Ihnen im Folgenden nun das Prinzip „Chancengleichheit verwirklichen“ kurz erläutern werde, so können Sie davon ausgehen, dass ich auch hinter den anderen Prinzipien voll und ganz stehe. Wir, d.h. meine nach mir sprechenden Kolleginnen und Kollegen und ich, haben uns lediglich auf diese Arbeitsteilung – „ein Prinzip pro Referentin“ – geeinigt.

Chancengleichheit verwirklichen: was bedeutet dieses Prinzip?

Integration bezeichnen wir dann als gelungen, wenn der chancengleiche Zugang zum wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Leben auch für Ausländerinnen und Ausländer gewährleistet ist. Unsere Integrationspolitik muss somit Zugänge eröffnen können. Das Prinzip „Chancengleichheit verwirklichen“ bedeutet, dass alle Menschen in der Schweiz die gleichwertigen Möglichkeiten haben, sich Ziele zu setzen und diese auch erreichen zu können.

Wo stehen wir heute?

- Bei gleicher Qualifikation haben Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich geringere Chancen, eine Lehrstelle zu erhalten als Schweizer Jugendliche.
- Nach wie vor bestehen zwischen Ausländern und Schweizern beim Lohn und bei der beruflichen Stellung unerklärbare Unterschiede.
- Ausländische Staatsangehörige weisen eine mehr als doppelt so hohe Sozialhilfequote auf als Schweizerinnen und Schweizer.
- Der Gesundheitszustand von Migrantinnen und Migranten ist oft schlechter als derjenige der Schweizerinnen und Schweizer. Die Migrationsbevölkerung ist grösseren gesundheitlichen Risiken ausgesetzt und findet weniger leicht Zugang zum Gesundheitssystem.
- Bekannt ist die im Vergleich zur schweizerischen Bevölkerung höhere Kriminalitätsrate von Migrantinnen und Migranten. Selten wird aber davon gesprochen, dass Migrantinnen und Migranten auch in den Opferstatistiken überproportional vertreten sind.

Meine Damen und Herren, all diese Hinweise dokumentieren eindrücklich, dass wir von unserem Ziel der Chancengleichheit noch ein gutes Stück entfernt sind.

Wo wollen wir hin?

In der Vergangenheit haben wir versucht, rechtliche Integrationshürden möglichst abzubauen und die Integration der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer gezielt zu fördern. Nicht ohne Stolz darf ich hier anmerken, dass Basel-Stadt gemeinsam mit Basel-Land im Jahr 2000 das erste Integrationsgesetz in der Schweiz verabschiedete. Es basiert auf dem Grundsatz des Förderns und Forderns. Wir sind derzeit daran, das Integrationsleitbild neu zu überdenken und dieses anzupassen. Denn Integration ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, der sowohl Zugezogene wie auch Einheimische einbeziehen muss. Die Migrationsbevölkerung hat sich in den letzten Jahren stark verändert. So sind wir heute viel mehr mit Zugezogenen mit einem hohen Bildungsniveau konfrontiert. Im April dieses Jahres konnten wir eine Studie über Expats vorstellen. Über die Art und Weise, wie man Expats integrieren will, darüber sind wir momentan in intensiven Gesprächen und die Ergebnisse werden in die Basler Politik einfliessen.

Neue Formen der Zusammenarbeit finden sich in der Integrationspolitik aber auch in anderen Schweizer Landesteilen: So haben die sechs Zentralschweizer Kantone u.a. gestützt auf die TAK-Empfehlungen gemeinsame Leitlinien für ihre Integrationspolitik verabschiedet.

Doch die besten Integrationsmassnahmen laufen ins Leere, wenn nicht gleichzeitig gezielt gegen Diskriminierung vorgegangen wird. Ausgrenzungen stellen ein zentrales Hindernis für die Chancengleichheit dar. Integrationspolitik bedeutet deshalb immer auch Anti-Diskriminierungspolitik. Analog zur Erwartung an Ausländerinnen und Ausländer, dass sie sich aktiv für ihre Integration einsetzen, muss die Aufnahmegesellschaft auch die Möglichkeiten dazu schaffen. Sie darf keine Hindernisse in den Weg legen bzw. muss diese, wo vorhanden, aktiv abbauen. Hier haben wir noch ein grosses Stück Arbeit vor uns. Die Kantone der Suisse latine beispielsweise planen für 2012 gemeinsam eine Anti-Rassismus-Kampagne.

Fazit

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, dass die Menschen in der Schweiz – egal in welchem Kanton, welcher Gemeinde sie wohnen und welche Herkunft, welches Geschlecht oder welchen sozialen Status sie haben – während ihres gesamten Lebens Optionen abwägen und Entscheidungen treffen können, die auf ihren Fähigkeiten und Talenten und nicht auf Stereotypen, verzerrten Erwartungen oder Diskriminierungen basieren.